



Schaubühne für die Einflussreichen und Meinungsmacher

Der neoliberal geprägte Reformdiskurs bei "Sabine Christiansen"

Eine Studie von LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie

Untersuchungszeitraum: Januar 2005 bis Juni 2006

Verfasst von: Ulrich Müller und Heidi Klein

Vorge stellt am 7. September 2006

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Themen und Gäste 2005 und 2006	3
Spektrum der Gäste 2005-6: ein erlesener Kreis.....	3
Die Themen: Reformen, Wahlkampf, innere Sicherheit und Katastrophen ...	8
Die Reformsendungen 2005 und 2006	10
„Verdeckte Botschafter“	14
Fazit der Analyse.....	16
Zeit für eine konzeptionelle Neuausrichtung	17
Anhang 1: Methodik der Studie	19
Anhang 2: Die Zusammensetzung des NDR-Rundfunkrates.....	20
Anhang 3: Glossar zu Denkfabriken und Reforminitiativen	21
Impressum	24

Einleitung

Als „Deutschlands prominenteste und lange Zeit auch erfolgreichste Talkmasterin“ wird sie bezeichnet (Die Zeit-online) oder als „Tonspur in der Endlosschleife mit den stets gleichen Figuren, die bloß unterschiedliche Namen tragen“ (Walter von Rossum). Die all-sonntägliche Talkshow von Sabine Christiansen ist unzweifelhaft eine der am meisten wahrgenommenen Sendungen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Was dort gesprochen wird, findet regelmäßig seinen Niederschlag in den Tageszeitungen am Anfang der folgenden Woche. Vier bis fünf, in Spitzenzeiten bis zu sieben Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer ließen in den letzten Jahren die Woche mit "Sabine Christiansen"¹ ausklingen. In den vergangenen Monaten gingen die Einschaltquoten zurück. Dennoch: Was hier gesprochen wird, bleibt nicht ungehört. Wer in der Sendung zu Wort kommt, hat mehr Einfluss auf die öffentliche Meinung als manch Abgeordneter, der sich in parlamentarischen Debatten müht.

Angesichts dessen wird die Sendung auch für professionelle "Meinungsmacher" und für Lobbyisten interessant. Für die Öffentlichkeit stellt sich damit die Frage, welche Interessen und Themen in der Sendung zu Wort kommen bzw. aufgegriffen werden. LobbyControl hat deshalb die Talkshow unter die Lupe genommen und die Sendungen von Januar 2005 bis Juni 2006 ausgewertet: Wer war in dieser Zeit bei „Sabine Christiansen“ zu Gast? Welche Interessen und politischen Positionen waren vertreten? Welche Themen wurden aufgegriffen, welche blieben unberücksichtigt?

Die Analyse umfasst zwei Teile: Zunächst wurden alle Sendungen von Januar 2005 bis Juni 2006 ausgewertet. Nach einem Gesamtüberblick über die Gäste und einem Ranking der am häufigsten Geladenen wurden die Gäste nach Gruppen geordnet. Damit wird eine gezielte Auswertung etwa der parteipolitischen Zusammensetzung und der Kräfteverhältnisse von Unternehmer- und Arbeitnehmerseite möglich. In diesem ersten Teil wird auch das Themenspektrum der Sendungen im untersuchten Zeitraum ausgewertet. Im zweiten Teil der Analyse wurden alle Sendungen aus dem Untersuchungszeitraum ausgewählt, die sich im weiten Sinne mit deutscher "Reformpolitik" beschäftigen, sei es im Gesundheitswesen, Arbeitsmarkt oder Finanz- und Steuerpolitik (mehr zur Methodik im Anhang). Diese Sendungen haben wir genauer hinsichtlich der einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ihrer Hintergründe und Verbindungen ausgewertet. Auf die besondere Rolle von „verdeckten Botschaftern“ in den Reformsendungen gehen wir am Ende des zweiten Teils in einem gesonderten Abschnitt ein.

¹ Wir verwenden Anführungszeichen, wenn wir von der Sendung "Sabine Christiansen" sprechen. Insgesamt geht es in dieser Studie nicht um Sabine Christiansen als Person, sondern um eine Kritik der Sendung "Sabine Christiansen". Dafür trägt nicht nur Sabine Christiansen Verantwortung, sondern auch die Produktionsfirma TV21 GmbH Fernsehproduktion von Sabine Christiansen und Michael Heiks – und letztlich der Norddeutsche Rundfunk (NDR). Wir kommen auf diesen Aspekt am Ende zurück (siehe S. 17).

Die Ergebnisse zeigen "Sabine Christiansen" als Schaubühne der Einflussreichen und Meinungsmacher und als Plattform für einen neoliberal geprägten Reformdiskurs. Wenn jetzt die Weichen für die Nachfolge-Sendung nach dem angekündigten Abgang von Sabine Christiansen gestellt werden, kann es deshalb nicht nur um Personen gehen. Die Studie zeigt den Bedarf für eine inhaltliche Neukonzeption der Sendung.

Themen und Gäste 2005 und 2006

Spektrum der Gäste 2005-6: ein erlesener Kreis

Auf welche Sendung in 2005 oder 2006 man auch den Blick wirft, die Gesichter in der Talkrunde von Sabine Christiansen sind keine unbekanntenen. Wer gesellschaftlich und politisch interessiert ist, kann weder durch das Thema noch durch die geladenen Gäste überrascht werden. Das ist kein Zufall: „Sabine Christiansen“ setzt auf Prominenz – die ihrer Themen und die ihrer Gäste. Wer eine Einladung zu „Sabine Christiansen“ bekommen will, muss einen hohen Bekanntheitsgrad aufweisen. Ausnahmen gibt es selten – etwa eine Sri Lanka-Urlauberin nach dem Tsunami. Durch diese Einladepolitik ist der Kreis der Gäste automatisch ein Ausschnitt erlesener Prominenz und die Sendung eine elitäre Veranstaltung.

Insgesamt waren von Januar 2005 bis Juni 2006 249 Personen zu Gast bei Christiansen, die auf insgesamt 362 Auftritte kamen. Dabei waren 61 Gäste mehrfach geladen. Diese machten satte 174 Auftritte unter sich aus, also knapp die Hälfte aller Auftritte (48,1 Prozent). 14 Gäste waren vier Mal oder öfter in der Sendung (s. Tabelle 1) – an der Spitze mit je sechs Auftritten Wolfgang Clement (SPD), Oskar Lafontaine (Linkspartei) und Christian Wulff (CDU).

Unter den Top 14 befindet sich keine einzige Frau. Die Fokussierung auf die Prominenten und Einflussreichen führt angesichts der realen Geschlechterverhältnisse unter diesen zu einer Dominanz der Männer auch unter den Gästen. Allerdings scheint es keine Versuche zu geben, dem zumindest ansatzweise entgegenzusteuern: Nur magere 12,2 Prozent der Auftritte kamen von Frauen (44 von 362 Auftritten). Für die geringe Beachtung frauenbezogener Aspekte hatte Sabine Christiansen bereits 1999 den feministischen Medienpreis „Saure Gurke“ erhalten.

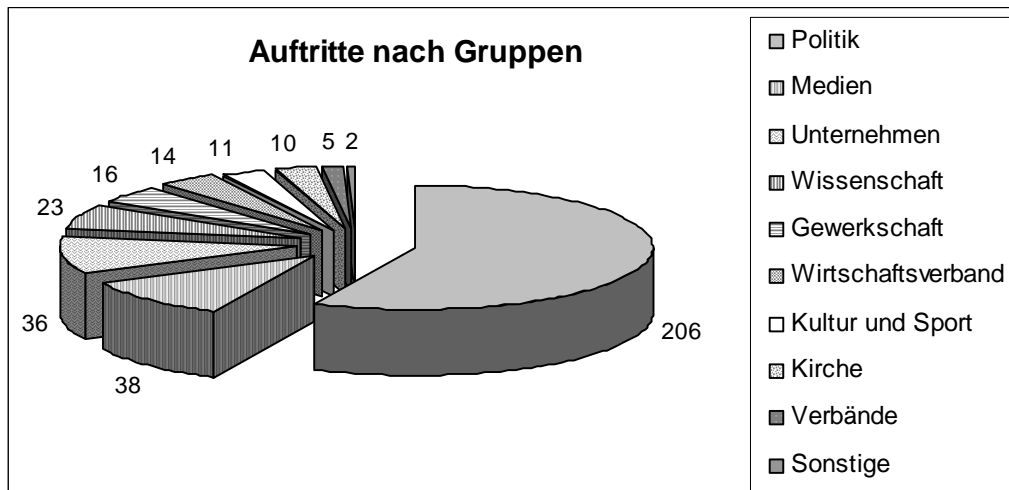
Tabelle 1: Die Top 14 (4 Auftritte und mehr)

Auftritte	Name	Funktion
6	Clement, Wolfgang	(ehemaliger) Bundeswirtschaftsminister, SPD
6	Lafontaine, Oskar	Fraktionschef Die Linke
6	Wulff, Christian	Stellvertretender CDU-Vorsitzender
5	Gerhardt, Wolfgang	FDP, Ex-Fraktionsvorsitzender im Bundestag
5	Schäuble, Wolfgang	Bundesinnenminister, CDU
5	Wowereit, Klaus	Reg. Bürgermeister Berlin, SPD
4	Beck, Kurt	Ministerpräsident Rheinland-Pfalz, (inzwischen) SPD-Vorsitzender
4	Bosbach, Wolfgang	Stellv. Fraktionschef CDU/CSU
4	Gabriel, Sigmar	ehem. Ministerpräsident Niedersachsen, SPD
4	Jörges, Hans-Ulrich	Stellv. Chefredakteur „Stern“
4	Niebel, Dirk	Generalsekretär, FDP
4	Rüttgers, Jürgen	Stellv. CDU-Chef; Ministerpräsident NRW
4	Trittin, Jürgen	ehem. Umweltminister, B'90/Grüne
4	Westerwelle, Guido	FDP-Vorsitzender
65	Summe	

Die Gäste: Politiker, Medienvertreter und Unternehmer

Die Gäste wurden zunächst nach ihrer Herkunft und der Funktion, in der sie bei „Sabine Christiansen“ eingeladen waren, Gruppen zugeordnet. Diese Zuordnung gibt einen ersten Eindruck, welche Gruppen in der Talkshow in welchem Maße zu Gehör kommen. In einem zweiten Schritt werden anschließend die Gruppen in sich näher betrachtet.

Der überwiegende Teil der Gäste (206 Auftritte) kam aus dem Bereich der Politik. Es folgen Gäste aus dem Bereich Medien (39), Unternehmen (36), Wissenschaft (23), Gewerkschaften (16) und Wirtschaftsverbände (14). Am geringsten ist die Präsenz von weiteren Verbänden (5) und Einzelpersonen (2) – wir gehen darauf weiter unten ein.



Erläuterung der Gruppenzuordnung:

Zur Gruppe „Politik“ gehören alle Gäste, die offiziell in ihrer Funktion als Politiker oder ehemalige Politiker eingeladen waren, sowie Vertreter nationaler und internationaler Behörden. Zur Gruppe „Unternehmen“ zählen Vertreter von Unternehmen sowie Selbständige. Unter „Wirtschaftsverband“ sind diejenigen Gäste erfasst, die im Namen eines Wirtschaftsverbandes sprechen. Entsprechendes gilt für die Gruppe „Gewerkschaften“. Bei den Wirtschaftsverbänden sind auch ein Vertreter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung als Berufsverband und ein Vertreter des AOK-Bundesverbandes eingeordnet.

Zur Gruppe „Medien“ gehören alle Gäste, die in ihrer Funktion als journalistisch Tätige eingeladen waren. Auch AutorInnen sind hier hinzugezählt.

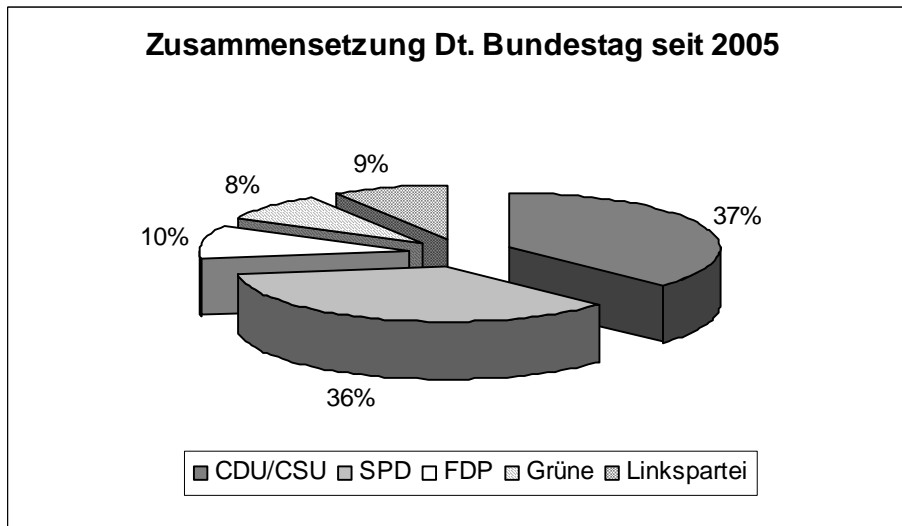
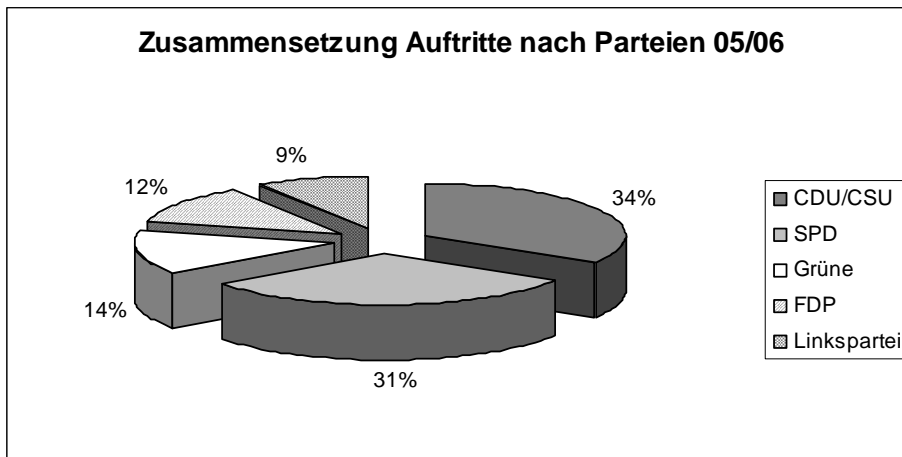
Die Gruppe „Wissenschaft“ besteht aus Gästen, die bei Sabine Christiansen als wissenschaftliche ExpertInnen eingeladen waren. Zumeist besetzen sie auch einen Posten in einer wissenschaftlichen Einrichtung.

Unter „andere Verbände“ sind Sozialverbände und andere non-profit Organisationen gefasst, die sich in unterschiedlichen Themenfeldern für gesellschaftliche Belange einsetzen. Die Gruppe „Kirche“ umfasst VertreterInnen von Kirchen und Glaubensgemeinschaften. KünstlerInnen und SportlerInnen wurden der Gruppe „Kultur und Sport“ zugerechnet. Unter „Sonstige“ fallen Einzelpersonen, die als Betroffene geladen waren. Gäste, die ihren Tätigkeiten nach verschiedenen Gruppen hätten zugeordnet werden können (z.B. „Unternehmen“ und „Wirtschaftsverband“), wurden gemäß der Funktion einsortiert, in der sie eingeladen waren.

Parteilpolitische Ausgewogenheit der Auftritte

Um die Ausgewogenheit der Einladepolitik zu beleuchten, haben wir zunächst die größte Gruppe der Gäste - die derzeitigen oder ehemaligen InhaberInnen politischer Ämter - nach ihrer Parteizugehörigkeit ausgewertet. Über alle Sendungen hinweg (von Januar 2005 bis Juni 2006) gibt es hinsichtlich der Parteizugehörig-

keit der Gäste aus der Gruppe „Politik“ eine relative Ausgewogenheit. Die Verteilung der Auftritte ist annähernd proportional zur Verteilung der Mandate im neu-gewählten Bundestag – mit leichten Vorteilen für die kleinen Parteien, insbesondere FDP und Grüne.²



Eine den Kräfteverhältnissen im Parlament angemessene Zusammensetzung der Gäste aus der Gruppe Politik ist jedoch nur *ein* Kriterium der Ausgewogenheit. Denn es diskutieren bei Sabine Christiansen nicht die gewählten Volksvertreter unter sich, was suggerieren könnte, die Interessen des Volkes seien damit an-

² Wenn man die Zusammensetzung Bundestag 2002-2005 als Vergleich nimmt, ergibt sich ein anderes Bild: SPD (41,5), CDU/CSU (41), Grüne (9), FDP (8), PDS (0,5 Prozent der Sitze). Allerdings ist dieses Ergebnis durch das Scheitern der PDS an der 5%-Hürde gegenüber dem Wahlergebnis verzerrt und spiegelt nicht die veränderte Stimmung und Parteienlandschaft 2005 wieder.

gemessen repräsentiert. Vielmehr werden ihnen Diskutanten aus anderen Bereichen zur Seite gestellt, die gut zwei Fünftel der gesamten Auftritte ausmachen. Die Zusammenstellung dieser weiteren Gäste weist durchaus relevante Einseitigkeiten auf:

Übergewicht von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden

Bemerkenswert ist das Übergewicht der Arbeitgeber und UnternehmensvertreterInnen gegenüber den ArbeitnehmerInnen. Von den Gästen, die zwischen Januar 2005 und Juni 2006 zu Sabine Christiansen geladen waren, sind 46 (mit 50 Auftritten) Vertreter von Unternehmensführung und Wirtschaftsverbänden³. Die Arbeitnehmerseite ist hingegen mit nur 13 Gästen aus Gewerkschaften (mit 16 Auftritten) deutlich unterrepräsentiert.

Zivilgesellschaft – die ungeladenen Stimmen

Ausgesprochen problematisch ist auch der ins Auge springende Mangel an Stimmen aus der Zivilgesellschaft⁴. Unter 361 Auftritten waren nur fünf Gäste, die Sozialverbänden oder gesellschaftlichen Verbänden zuzuordnen sind. Dies waren Rudolf Seiters⁵ vom Deutschen Roten Kreuz, Ulrich Schneider und Barbara Stolterfoht⁶ vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, Karl-Heinz Däke vom Bund der Steuerzahler und der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat. Außerdem war Anfang 2005 Claudia Ingenhoven als vom Tsunami betroffene Sri Lanka-Urlauberin eingeladen, und in der ersten Jahreshälfte 2006 die Rechtsanwältin und Aktivistin gegen das Kopftuch Seyran Ates. Politische Nichtregierungsorganisationen, Verbraucherverbände und Bürgerinitiativen fehlen fast vollständig. Zivilgesellschaftliche Kräfte haben bei „Sabine Christiansen“ selbst dann keinen Platz, wenn das Thema der Sendung es dringend gebieten würde: Es wurde über Arbeitslosigkeit (z.B. „5 Millionen ohne Arbeit - woher kommen neue Jobs?“, 6.2.05), staatliche Transferleistungen (z.B. „Melkkuh Sozialstaat - sind wir ein Volk von Abzockern?“, 30.10.05), Rentenpolitik („Weniger Lohn, weniger Rente - werden die Älteren abgestraft?“, 4.12.05) und Gesundheitsthemen („Droht jetzt Streit um die Gesundheit?“, 27.11.05) diskutiert, ohne dass VertreterInnen von Arbeitslosen-Initiativen, Rentner- oder Patientenvereinigungen oder kritischen NGOs in die erlesene Runde der sonntäglichen Gäste aufgenommen worden wären – allenfalls tauchen sie als Gäste zweiter Klasse im Publikum auf (siehe Kasten).

³ Einige UnternehmerInnen üben zugleich Funktionen in einem Wirtschaftsverband aus. Diese wurden hier nur einfach gezählt.

⁴ Gemeint sind hier Organisationen, Initiativen und Soziale Bewegungen, die sich für politische Belange und gesellschaftliche Fragen außerhalb von Kirche, Sport oder Kultur einsetzen.

⁵ Bundesinnenminister 1991-93 (CDU).

⁶ Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung in Hessen 1995-99 (SPD).

Stimmen am Rande: Gäste im Publikum

In manchen Sendungen sitzen weitere Gäste im Publikum, z.B. bei "Melkkuh Sozialstaat" – sind wir ein Volk von Abzockern" (30.10.2005) Martin Behring vom Erwerbslosenforum Deutschland sowie die ARD-Journalistin Rita Knobel-Ulrich, die die Reportage „Arbeit, nein danke!“ über eine Fallmanagerin Bundesagentur für Arbeit und ihren Kampf gegen die „Arbeitsunlust“ von Hartz IV-EmpfängerInnen gemacht hat. Solche Gäste tauchen insbesondere bei Themen mit einem hohen, direkten "Betroffenheitsfaktor" auf. Der grundsätzliche Zuschnitt auf bekannte Köpfe wird dadurch jedoch nicht kompensiert. Die Zusatzgäste im Publikum sind nicht gleichberechtigt. In der Regel kommen sie in einer Sendung zwei bis drei Minuten lang zu Wort, können an der eigentlichen Diskussion jedoch nicht teilnehmen. Ihre Statements haben die Rolle von Einspielungen, über die dann die offiziellen Gäste diskutieren. Sie sind damit Gäste zweiter Klasse.

Ein Sonderfall war die Expertenrunde bei der Sendung „Schreckgespenst Vogelgrippe - Wie groß ist die Gefahr wirklich?“ am 26.2.2006. Dazu waren E-verhard Hüsemann (Öko-Landwirt und Präsidiumsmitglied von Naturland), Birthe Löhr (Direktorin eines Hotels auf Rügen), Matthias Wolfschmidt (food-watch) und Dr. med. Katja Römer (Ärztin) geladen. Sie saßen in einer separaten Runde und waren damit aus dem Publikum hervorgehoben und konnten sich etwas stärker an der Diskussion beteiligen als sonstige Publikumsgäste. Allerdings waren auch sie nicht Teil der Hauptgesprächsrunde mit den anwesenden Politikerinnen und Politikern.

Die an dieser Stelle unübersehbar einseitige Einladepolitik schließt die große Gruppe derjenigen, die von den diskutierten politischen Prozessen unmittelbar betroffen sind, von der Artikulation ihrer Sichtweise und Interessen aus. Ebenso wie Organisationen, Initiativen und Bewegungen, die soziale oder ökologische Belange vertreten, kommen sie in der Welt der „Sabine Christiansen“ höchstens als Zaungäste vor. Die Einseitigkeit des Gästespektrums bei „Sabine Christiansen“ insgesamt wird auch deutlich, wenn man sich zum Vergleich etwa die Zusammensetzung des NDR-Rundfunkrats ansieht (Anhang 2).

Die Themen: Reformen, Wahlkampf, innere Sicherheit und Katastrophen

Das Themenspektrum der Sendung ist eingeschränkt. Die Welt besteht bei „Sabine Christiansen“ primär aus wirtschaftlichen Reformen, Wahlkampf, aus Innenpolitik inklusive des Kampfs gegen den Terrorismus und aktuellen Katastrophen und Ereignissen. Insbesondere auf die Reformen und teilweise die Wahlsendungen gehen wir unten noch genauer ein.

Internationale Politik findet nur am Rande statt. Die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden im Mai 2005 und die darauffol-

genden Debatten über die Zukunft Europas werden bei „Sabine Christiansen“ gerade einmal als untergeordneter Themenstrang diskutiert. Stattdessen sendete man am 29. Mai genauso wie in den ersten beiden Juniwochen zum Thema Wahlen in Deutschland oder zur innerdeutschen Spaltung der Linken. Auch der Kongo-Einsatz der Bundeswehr (2006) oder die in anderen Medien unter sozialpolitischen Aspekten vielfach diskutierten Aufstände in den *banlieues* französischer Großstädte fallen in der Themensetzung unter den Tisch. Dies gilt ebenso für Auseinandersetzungen um die internationale ökonomische Rahmenbedingungen wie die Dienstleistungsrichtlinie der EU (akut vor allem im Februar 2006) oder die Welthandelsorganisation WTO (Ministerkonferenz im Dezember 2005).

Die Thematisierung sozialer Fragen findet nur am Rande von Diskussionen über notwendige Reformen statt und ist tendenziell einseitig. In den Sendungen „Melkkuh Sozialstaat - sind wir ein Volk von Abzockern?“ oder „Arm durch Arbeit, reich durch Hartz IV?“ wird der Sozialstaat bzw. die Empfänger sozialstaatlicher Leistungen als Bedrohung dargestellt. Hartz IV, wird suggeriert, sei vor allem Abzocke. Die Veröffentlichung des Armuts- und Reichtumsbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales im April 2005, immerhin erst der zweite und lediglich alle vier Jahre erscheinend, fand bei „Sabine Christiansen“ keine Aufmerksamkeit.

Ökologische Fragen tauchen in dem untersuchten Zeitraum praktisch gar nicht auf. Einmal wird die Energiepolitik zum Thema, allerdings unter der (wirtschaftlichen) Frage „Wer kann uns den Hahn abdrehen?“. Ein Ereignis wie den Klimagipfel 2005, bei dem es um die Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls und damit um eine wichtige Weichenstellung in der internationalen Klimapolitik ging, sucht man bei Christiansen vergebens.

Interessant ist auch, dass relevante Entscheidungen der großen Koalition 2006 nicht thematisiert wurden. Zwar wurde das Thema Rente 2005 und 2006 mehrfach aufgegriffen, als aber die Bundesregierung im Februar im Schnellverfahren die Anhebung des Rentenalters verkündete, gab es keine Christiansen-Sendung dazu. Auch die mögliche Erhöhung der Mehrwertsteuer wurde im Wahlkampf 2005 heiß diskutiert. Als der Bundestag die Erhöhung im Mai 2006 tatsächlich beschloss – kein Thema. Insgesamt gab es im ersten Halbjahr 2006 deutlich weniger Sendungen zu wirtschaftlichen und sozialen Reformen.

Die Unausgewogenheit der Gäste bei „Sabine Christiansen“ wird also durch die Ignoranz und Nicht-Berücksichtigung wichtiger internationaler aber auch nationaler Themen ergänzt, die in anderen Medien durchaus stärker thematisiert wurden. Dabei muss man natürlich berücksichtigen, dass nicht immer alle Wunschgäste zu haben sind und alle Themen realisiert werden können.⁷ Außerdem war 2005 durch die vorgezogene Bundestagswahl besonders wahlkampforientiert. Trotzdem lassen sich die weißen Flecken im Themenspektrum und die einseitige Schwerpunktsetzung über einen Zeitraum von eineinhalb Jahren damit allein nicht rechtfertigen.

⁷ Siehe dazu auch Klaus Boldt/ Wolfgang Hirn: Sabines Welt. In: Manager-Magazin 11/2003, S. 40-54.

Die Reformsendungen 2005 und 2006

Reformen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind das zentrale Thema der Diskussionsrunden von Sabine Christiansen, insbesondere 2005. In dieser Studie wird daher ein gründlicherer Blick auf all die Sendungen geworfen, die im weiteren Sinne politische Reformen in Deutschland zum Thema hatten (zur Abgrenzung siehe Anhang 1 zu den Methoden).

Bei den Reformsendungen gilt, wie auch in der Gesamtbetrachtung, dass der überwiegende Teil der Auftritte (107 von insgesamt 177) von derzeitigen und ehemaligen BerufspolitikerInnen bestritten wurde. Auch hier spiegelt die Besetzung unter den politischen Gästen die Verteilung im Bundestag wieder, mit kleinen Abweichungen: die SPD lag leicht vor der Union (35 zu 32), unter den kleineren Parteien hat dafür die FDP einen Vorsprung (14 Auftritte) vor der Linkspartei (10 Auftritte mit WASG und PDS) und den Grünen (9 Auftritte).

Tabelle 2: Zusammensetzung der Reformsendungen

Kategorie	Auftritte	Personen
Politik	107	73
Wirtschaft	25	21
Gewerkschaft	13	9
Wissenschaft	12	10
Wirtschaftsverband	12	11
Medien	9	9
Kirche	2	2
Verbände	3	3
Insgesamt	183	138

Eine deutliche Schiefelage wird demgegenüber bei den anderen Gästen erkennbar. Auch im Hinblick auf die Reformsendungen haben Unternehmen und Wirtschaftsverbände zusammen ein deutliches Übergewicht gegenüber den Gewerkschaften: 37 zu 13 (2,8:1). Andere gesellschaftliche Kräfte sind kaum vertreten, nur der Bund der Steuerzahler und zweimal der Paritätische Wohlfahrtsverband. Außerdem sind die Gruppen Medien und Wissenschaft in sich sehr einseitig. Auf letzteren Punkt gehen wir in den folgenden beiden Absätzen genauer ein.

Übergewicht konservativer Medien und marktliberaler Autoren

Bei den geladenen JournalistInnen und AutorInnen überwiegen konservative Medien und Journalisten, die zumindest bei den Themen der Sendungen marktliberale oder konservative Positionen vertreten: drei von neun Gästen kommen von Springer (Springer selbst, Welt, WamS). *Helmut Markwort* von Focus wird zum Thema Soziale Gerechtigkeit eingeladen. Focus war der Medienpartner der Arbeitgeber-"Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" bei der Kampagne "Sozial ist..". Ziel der Kampagne war es, den Begriff "sozial" aus Arbeitgeber-Sicht neu zu definieren: „Sozial ist, was Arbeit schafft“ oder „Sozial ist, wenn man sich nicht auf andere verlässt.“

Hans-Ulrich Jörges, Leiter des Hauptstadtstudios des "Stern" wird am 28. Mai 2006 zu der Sendung mit dem suggestiven Titel "Arm durch Arbeit, reich durch Hartz IV?" eingeladen. Er hatte in der gleichen Woche einen Kommentar veröffentlicht, wonach Hartz IV Arbeit verhöhne und das Nichtstun belohne (vgl. Jens König: Stimmungsmacher der Hartz-Republik, taz vom 31.5.2006). Carlos Gebauer kommt am 2. April 2006 zum Thema "Gesundheitspoker auf dem Rücken der Patienten?" als "Rechtsanwalt und Autor" zu Wort. Er hat ein Papier verfasst "Warum Geld das Gesundheitssystem steuern muss und nicht der Staat"⁸ und hat klare Verbindungen zu marktliberalen Organisationen und Denkfabriken wie der Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft und dem "liberalen Netzwerk" (LibNet), in deren Stiftungsrat er sitzt.⁹ Die weiteren MedienvertreterInnen: Journalistin und SPD-Unterstützerin im Wahlkampf 2005 Wiebke Bruhns, der Moderator Max Schautzer und der Leiter des ARD-Hauptstadtstudios, Thomas Roth (zugeordnet als Berichterstatter in der Sendung "Kanzlerpoker – Der Abend der Entscheidung" am 9.10.2005).

Einseitige „Experten“

In den Reformsendungen hatten zehn Wissenschaftler in insgesamt zwölf Auftritten die Möglichkeit, ihre Sicht zum diskutierten Thema zu präsentieren. Die auf den ersten Blick als objektive „wissenschaftliche Experten“ erscheinenden und auch als solche eingeführten Gäste entpuppen sich bei näherem Hinsehen in der großen Mehrheit als Vertreter marktliberaler Konzepte. Von den zehn Wissenschaftlern stehen sieben in direktem Zusammenhang mit marktliberalen Organisationen oder Denkfabriken (die einzelnen genannten Institute werden im Glossar, Anhang 3, genauer vorgestellt). Im Einzelnen sind dies:

- *Ulrich Blum*, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung (IWH) in Halle, war als solcher in die Sendung „5 Millionen ohne Arbeit - woher kommen neue Jobs?“ (6.2.2005) geladen. Er ist Unterzeichner des „Hamburger Appells“, der mit einer Anzeigenkampagne der INSM in die breite Öffentlichkeit getragen wurde (mehr dazu im Glossar bei der INSM).

- *Michael Hüther*, Direktor des Institutes der Deutschen Wirtschaft in Köln. In dieser Funktion war er zum Thema „Für ein paar Kröten arbeiten! Jobs nur noch zu Dumpingpreisen?“ (17.4.2005) bei Sabine Christiansen zu Gast. Er ist Kurator der INSM.

- *Paul Kirchhof*, als „Steuer-Reformer“ in die Sendung „Merksels Programm – Stunde der Wahrheit“ (10.7.2005) geladen. Er ist Juraprofessor in Heidelberg und war während des Bundestagswahlkampfes im Kompetenzteam von Angela Merkel. Kirchhof ist Botschafter der INSM und wurde 2005 von den Lesern der FAZS und der INSM zum „Reformer des Jahres“ gekürt.

- *Meinhard Miegel*, in den Sendungen „Wie mutig ist Ihr Programm, Frau Merkel“ (21.8.2005) und „Kanzlerpoker – Abend der Entscheidung“ (9.10.2005) in seiner

⁸ <http://www.make-love-not-law.com/article/lenin.html>

⁹ Auf der LibNet-Webseite wurde der Auftritt als großes Ereignis zelebriert und Gebauer klar als Vertreter des LibNets eingeordnet: <http://www.libnet.de/main.aspx/G/111327/L/1031/R/-1/LT/116660/A/1/ID/118107/P/0>.

Funktion als Direktor des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft zu Gast. Er ist Mitinitiator und Sprecher des BürgerKonvent. Als wissenschaftlicher Berater ist er u.a. für das von der Deutschen Bank gegründete Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA) tätig. Wie Raffelhüschen tritt auch Miegel als Referent für den Finanzdienstleister MLP auf.

- *Bernd Raffelhüschen*, in der Sendung „Wie glaubwürdig ist Ihr Programm, Herr Bundeskanzler?“ als „Experte für Gesundheit und Rente“ (31.7.2005) eingeladen. Er ist seit 2005 Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft und dort zuständig für den Themenbereich soziale Sicherung. Gleichzeitig ist er Botschafter der INSM. Er tritt für den Finanzdienstleister MLP als Referent auf und ist Mitglied im Aufsichtsrat der ERGO Versicherungsgruppe. Außerdem ist er als Berater u.a. für den Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft tätig.

- *Hans Werner Sinn*, als „Wirtschaftswissenschaftler“ in die Sendung „Wer schenkt den Wählern jetzt reinen Wein ein? (19.6.2005)“ geladen. Er ist Präsident des ifo Institutes für Wirtschaftsforschung und Autor des Buches „Ist Deutschland noch zu retten?“. Außerdem ist er Unterzeichner des „Hamburger Appells“ und hält Vorträge für MLP.

- *Joachim Starbatty*, als „Experte für Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt“ zum Thema „Wie glaubwürdig ist Ihr Programm, Herr Bundeskanzler“ (2.7.2005) eingeladen. Er ist emeritierter Wirtschaftsprofessor der Universität Tübingen und Vorstandsvorsitzender der dezidiert neoliberalen Arbeitsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM).

Hinzu kommen noch:

- *Bert Rürup*, der als „Wirtschaftsweiser“ in der Sendung „Weniger Lohn, weniger Rente - werden die Älteren abgestraft?“ (4.12.2005) zu Gast war. Er ist Wirtschaftsprofessor an der TU Darmstadt und ein Befürworter der „Agenda 2010“, die er wissenschaftlich betreut hat. Seit 2006 ist Rürup wie Miegel, Raffelhüschen und Sinn als Referent für den Finanzdienstleister MLP tätig.

- *Rudolf Hickel*, Wirtschaftsprofessor an der Universität Bremen und Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft (IAW) – als einziger Ökonom mit einer explizit anderen Perspektive. Unter der Bezeichnung „linker Ökonom“ war er zum Thema „Wie mutig ist Ihr Programm, Frau Merkel?“ (21.08.2005) bei Sabine Christiansen zu Gast. Er ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland und in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum Gruppe), die jährlich ein Gegengutachten zum Gutachten der „Wirtschaftsweisen“ herausgibt.

- Und schließlich der Parteienforscher *Jürgen Falter*.

Tabelle 3: Wissenschaftler in den Reformsendungen

Name	Auftritte	Vorstellung bei Christiansen	Denkfabriken-Verbindungen (auszugsweise)	Wirtschaftliche Verbindungen (auszugsweise)
Hickel, Prof. Dr. Rudolf	2	linker Ökonom	Memorandum-Gruppe	
Miegel, Prof. Dr. Meinhard	2	Direktor des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG)	BürgerKonvent	wiss. Berater des DIA; Referent für MLP
Blum, Prof. Dr. Ulrich	1	Wirtschaftsforschungsinstitut Halle	INSM: Unterzeichner des Hamburger Appells	
Falter, Prof. Dr. Jürgen	1	Parteienforscher		
Hüther, Prof. Dr. Michael	1	Institut der deutschen Wirtschaft	INSM-Kurator	
Kirchhof, Prof. Dr. Paul	1	Steuer-Reformer	INSM: Botschafter	
Raffelhüschen, Prof. Dr. Bernd	1	Experte für Gesundheit und Rente	INSM: Botschafter; Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft; Beirat Walter-Raymond-Stiftung	enge Verbindungen zur Versicherungsbranche, u.a. ERGO
Rürup, Prof. Dr. Dr. hc Bert	1	Wirtschaftsweiser		Referent für MLP, Aufsichtsratsvorsitzender AXA Pensionskasse
Sinn, Prof. Dr. Hans-Werner	1	Wirtschaftswissenschaftler	INSM: Unterzeichner des Hamburger Appells	Hypo-Vereinsbank; MLP-Referent
Starbatty, Prof. Dr. Joachim	1	Experte für Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt	ASM, Kuratorium Trägerverein WEI	

Die Besetzung der Gruppe der Wissenschaftler bei „Sabine Christiansen“ ist jedoch nicht nur bezüglich der vertretenen wirtschaftlichen Konzepte und Ideen einseitig. Diese Einseitigkeit – und das ist ein mindestens ebenso kritikwürdiger Punkt – bleibt zudem im Verborgenen. In den untersuchten Sendungen wurde das Publikum über die Hintergründe der genannten Wissenschaftler nicht aufgeklärt. Weder in der Vorstellungsrunde noch in der regelmäßig eingeblendeten Berufsbezeichnung wurden in den von uns stichprobenhaft ganz angesehenen Sendungen die Verbindungen zu Denkfabriken und Kampagnen wie der Stiftung Marktwirtschaft, der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, der Arbeitsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft oder Unternehmen z.B. aus der Versicherungsbranche genannt. Vielmehr wurden die Ökonomen über ihre Institute oder Universitäten bzw. als „Experte für Thema X“ vorgestellt. Ein Ausnahme sticht hervor: Der einzige Experte mit explizit anderer Perspektive, Prof. Rudolf Hickel, wird in der Bezeichnung als "linker Ökonom" ideologisch verortet. Eine entsprechende Betitelung der anderen Wissenschaftler als „marktliberale“ oder gar „rechte Ökonomen“ erfolgt nicht.

Unausgewogene Sendungen

Die unausgewogene Zusammensetzung der Gäste führt dazu, dass einzelne Sendungen immer wieder eine Schlagseite in Richtung unternehmensnaher und marktliberaler Positionen haben.

Es gibt besondere Fälle, wie etwa die Sendung am 9. Januar 2005 "Erhards Erbe: Aus welchem Geist entstehen Wirtschaftswunder" mit fünf Unternehmern, ohne weitere Gäste. Ein vergleichbares Forum für ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften oder kritische Wissenschaftler gab es im Untersuchungszeitraum nicht. Diese Unausgewogenheit ist für die Zuschauerinnen und Zuschauer klar erkennbar. Oft haben einzelne Sendungen aber eine Schlagseite, die erst bei näherem Hinsehen augenfällig wird: so gibt es mehrfach Sendungen, in denen neben einer Reihe von Politikern, die das Parteispektrum abdecken, nur ein weiterer Gast von Unternehmensseite, Wirtschaftsverbänden oder ein Experte wie Meinhard Miegel zu Wort kommt (etwa 26.6.2005 "Wahlkampf um Hartz IV-nachbessern, aber wie?" oder 23.10.2005 "Koalition der leeren Kassen – wer zahlt die Zeche?"). Auffällig ist auch die ungleiche Besetzung der Sendungen, die sich mit dem Reform- und Wahlprogramm von Angela Merkel (21.8.2005) und dem von Gerhard Schröder (31.7.2005) beschäftigen. Gerhard Schröder musste sich mit zwei Unternehmern und mit Raffelhüschen und Starbatty zwei ausgewiesenen neoliberalen Wissenschaftlern auseinandersetzen. Zur Sendung mit Merkel wurde zwar Rudolf Hickel als "linker Ökonom" geladen, aber dann mit dem unionsnahen Meinhard Miegel, dem Unternehmer Daniel Terberger und der "Expertin für Familie und christliche Werte" Ulrike Murmann ergänzt.

Es gibt diese Schlagseite nicht durchgängig. Aber in der Gesamtsicht zeigt sich ein Bild eines systematisch "verzerrten Pluralismus". Natürlich kommen in der Talkshow verschiedene Stimmen zu Wort und es wird munter gestritten – wenn man aber alle Gäste über einen längeren Zeitraum zusammenzählt, bleibt ein klares Ungleichgewicht: ein Übergewicht der Unternehmer und Wirtschaftsverbände gegenüber den Gewerkschaften sowie der Marktliberalen und Sozialstaatskritiker gegenüber Befürwortern des Sozialstaats oder gar linken Positionen. Dieser "verzerrte Pluralismus" bleibt darüber hinaus im Verborgenen. Er wird nur bei näherem Hinsehen deutlich, denn die ZuschauerInnen werden nur sehr selektiv über den Hintergrund und die Verbindungen der geladenen Experten informiert.

„Verdeckte Botschafter“

Die Förderung von nahestehenden Experten und Wissenschaftlern als „Botschafter“ bestimmter Ideen und Interessen gehört zu den wichtigen Strategien, mit denen eine gezielte Beeinflussung der Öffentlichkeit betrieben wird. Diese Strategie setzt darauf, dass zum einen diese Experten qua ihrer Rolle als Wissenschaftler eine höhere Glaubwürdigkeit besitzen und zum anderen ihre Lobby-Funktion selten thematisiert wird. Deshalb gehört es zu den journalistischen

Aufgaben, solche Verbindungen gegenüber der Öffentlichkeit transparent zu machen.

Bei "Sabine Christiansen" werden über die offizielle Bezeichnung hinausgehende Hintergründe von Gästen kaum genannt. Ein konkretes Beispiel: Oswald Metzger war in der Sendung "Große Koalition – großes Chaos?" am 6.11.2005 eingeladen, zusammen mit zwei SPD-Vertretern und je einem Vertreter von CDU und CSU. Er wurde als ehemaliger grüner Bundestagsabgeordneter und Publizist vorgestellt, ohne seine Rolle für die Arbeitgeberkampagne "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft", dem wirtschaftsfinanzierten "Konvent für Deutschland" oder der "Bertelsmann-Stiftung" klar zu machen. Er nutzte die Sendung geschickt, um seine (und deren) Themen und Botschaften zu platzieren: Lohnnebenkosten senken, Ausgaben begrenzen, Rentenalter erhöhen und die Demographie auch bei Kranken- und Pflegeversicherung berücksichtigen sowie die Forderung, dass die Föderalismusreform auch die Finanzverfassung umfassen muss. Letzter Punkt ist eine der Kernziele des Konvents für Deutschland, der einen Umbau des föderalen Systems zu einem Wettbewerbsföderalismus anstrebt. Die anderen Punkte entsprechen weitgehend den Positionen der INSM. Die Zuschauer erfuhren von diesen Verbindungen allerdings nichts.

Weitere Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bei Christiansen waren Michael Hüther, Martin Kannegiesser, Paul Kirchhof, Friedrich Merz, Bernd Raffelhüschen und Lothar Späth. Auch andere Organisationen nutzen diese Strategie, wie der "Konvent für Deutschland" oder die Deutsche Bank-Gruppe über das von ihr finanzierte Deutsche Institut für Altersvorsorge und seinen wissenschaftlichen Berater Meinhard Miegel.

Natürlich kann man sagen, Oswald Metzger vertrete diese Thesen eigenständig und er oder andere Botschafter und Experten mit Lobby-Verbindungen würden aufgrund ihrer eigenen Bekanntheit für Sendungen wie "Sabine Christiansen" angefragt. Ein zentraler Punkt wird dabei jedoch übersehen: Kampagnen wie die INSM fördern ihre Botschafter und nahestehende Experten gezielt. Sie organisieren Veranstaltungen und Medienauftritte für sie, um ihre Bekanntheit aufzubauen oder weiter zu fördern. Zudem werden sie zumindest teilweise für Medienauftritte vorbereitet.¹⁰

Als Beispiel für den erfolgreichen Aufbau von Experten für die eigene Öffentlichkeitsarbeit nannte der damalige Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Tasso Enzweiler, beim Politikkongress im November 2005 Paul Kirchhof. Er sei von der Initiative "entdeckt" und gefördert worden. Leider habe die Union ihn dann im Wahlkampf verbrannt. Aber vorher war er noch bei Christiansen und zwar am 10.7.2005 - in der Sendung "Merkels Programm: Stunde

¹⁰ Bekannt ist diese Vorbereitung z.B. für einen Auftritt von Oswald Metzger in "Berlin Mitte" am 15. März 2003. Vgl. Ulrich Rauhut (2003): Analyse der Unternehmer-Kampagne »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«. In: Verschwiegen, Verschwunden, Verdrängt – Was nicht öffentlich wird. Dokumentation zum 7. MainzerMedienDisput vom 30.10.2002. Online unter www.mainzermiendiendisput.de.

der Wahrheit?" (vorgestellt als "Steuer-Reformer"). Enzweiler erklärte, ein Drittel des Medienechos der INSM entfalle auf ihre Botschafter.

Aufgrund dieses strategischen Einsatzes von Experten und Botschaftern in der Öffentlichkeitsarbeit müssen solche Verbindungen offengelegt werden. Die ZuschauerInnen müssen beurteilen können, welche Interessen in den Sendungen vertreten werden – und welche nicht.

Fazit der Analyse

Die Auswertung der Sendungen von "Sabine Christiansen" ergibt vier miteinander verwobene Problemkreise:

1) **Elitäres und einseitiges Gästespektrum:** Die Sendung klammert weite Bereiche der Gesellschaft aus. Politik ist in der Talkshow primär Parteipolitik. Dabei wird zwar innerhalb der geladenen Politikerinnen und Politiker auf den Proporz geachtet, dies gilt aber nicht für die übrigen Gäste. Vertreter von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden sind bevorzugt, während Gewerkschaften oder Sozialverbände unterrepräsentiert sind. Andere Akteure wie Verbraucherorganisationen, Nichtregierungsorganisationen aller Art oder gar Bürgerinitiativen tauchen in der Runde der Talkshow nicht auf. Die einseitige Einladepolitik schließt eine große Gruppe von der Artikulation ihrer Sichtweise und Interessen aus.

2) **Einseitiges Themenspektrum:** Im Zentrum stehen wirtschaftliche und sozialstaatliche Reformen, Parteipolitik, Innere Sicherheit und aktuelle Großereignisse und Katastrophen. Die Sendungen zu Reformen zeichnen immer wieder das Bild von Deutschland am Abgrund. Andere Themen und Perspektiven kommen zu kurz. Dabei ist bemerkenswert, dass sich das Bild im ersten Halbjahr 2006 etwas verändert hat. Die Zahl der Reformsendungen ist gesunken – zugleich wurden reale Reformen und Einschnitte wie die Erhöhung des Rentenalters oder die Anhebung der Mehrwertsteuer nicht mehr thematisiert.

3) **Neoliberal geprägter Reformdiskurs:** In den Sendungen über wirtschaftliche und sozialstaatliche Reformen überwiegen unternehmensnahe und marktliberale Positionen. Hier findet sich ein systematisch "verzerrter Pluralismus": Es kommen zwar (innerhalb des beschränkten Gästespektrums) verschiedene Stimmen zu Wort, aber insgesamt haben die Sendungen eine deutliche Schlagseite zu neoliberal geprägten Positionen.

4) **Mangelnde Transparenz:** Die Priorität für neoliberale Positionen wird verborgen, indem ihre Vertreter neutral und sachlich als „Experten“ vorgestellt werden. Kritische Positionen werden demgegenüber vorsorglich ideologisch eingestuft. Der einzige Wissenschaftler mit einer dem Neoliberalismus gegenüber kritischen Position, der in den Reformsendungen zu Wort kommt, wird als „linker

Ökonom“ vorgestellt. Die ideologische Verortung der anderen Ökonomen oder Verflechtungen der Gäste mit Kampagnen wie der INSM und des Konvents für Deutschland werden hingegen nicht offen gelegt. Die ZuschauerInnen erfahren zu wenig über die Hintergründe der geladenen Gäste. Damit wird der systematisch verzerrte Pluralismus der Sendung schwieriger zu erkennen.

Insgesamt präsentierte sich "Sabine Christiansen" von Januar 2005 bis Juni 2006 als Schaubühne der Einflussreichen und Meinungsmacher – und bot vor allem denjenigen ein Forum, die sich für eine neoliberal geprägte Reform des Sozialstaats einsetzen.

Zeit für eine konzeptionelle Neuausrichtung

Die Studie von LobbyControl macht deutlich, dass die Sendung in der jetzigen Form dem Bildungs- und Informationsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht gerecht wird. Dies liegt aber nicht allein an der Person Sabine Christiansen, sondern an dem Konzept der Sendung "Sabine Christiansen". Der Abgang von Sabine Christiansen muss deshalb zu einer Neuausrichtung der Sendung genutzt werden. LobbyControl fordert insbesondere, die Verzerrung des Themenspektrums und der eingeladenen Gäste sowie die Intransparenz der Interessenverflechtungen der Gäste zu beenden.

Hierfür tragen die ARD und der NDR die Verantwortung. Es genügt nicht, nach einem „neuen Zirkuspferd“ zu suchen, wie sich NDR-Intendant Jobst Plog ausdrückte.¹¹ Nötig ist ein grundlegender Wechsel in der konzeptionellen Ausrichtung der Sendung. Anstatt Prominenz und Zuschauerquote als zentrale Maßstäbe zu wählen, müssen die Leitungsspitze und die Gremien in der ARD für mehr Ausgewogenheit und Transparenz sorgen.

Auszug aus NDR Staatsvertrag

§ 8 Programmgestaltung

- (1) Der NDR ist in seinem Programm zur Wahrheit verpflichtet. Er hat sicherzustellen, dass
1. die bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen aus dem Sendegebiet im Programm angemessen zu Wort kommen können,
 2. das Programm nicht einseitig einer Partei oder Gruppe, einer Interessengemeinschaft, einem Bekenntnis oder einer Weltanschauung dient und
 3. in seiner Berichterstattung die Auffassungen der wesentlich betroffenen Personen, Gruppen oder Stellen angemessen und fair berücksichtigt werden. Wertende und analysierende Einzelbeiträge haben dem Gebot journalistischer Fairness und in ihrer Gesamtheit der Vielfalt der Meinungen zu entsprechen. Ziel aller Informationssendungen ist es, sachlich und umfassend zu unterrichten und damit zur selbstständigen Urteilsbildung der Bürger und Bürgerinnen beizutragen.

Quelle: http://www1.ndr.de/container/ndr_style_file_default/0,2300,OID1626966_REF11186,00.pdf

¹¹ „Der Sonntag ist einer der erfolgreichsten Plätze überhaupt, und wir wollten ein neues Zirkuspferd finden, das da weiterzieht. Da ist Jauch nicht zu toppen.“ (FAZ vom 12. Juli 2006).

Insbesondere der NDR als verantwortliche Sendeanstalt muss sicherstellen, dass die relevanten politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte in der zukünftigen Talkshow angemessen zu Wort kommen und die Sendung nicht einseitig bestimmte Themen und politische Perspektiven bevorzugt. Dazu liefert der NDR-Staatsvertrag klare Vorgaben (siehe Kasten, Hervorhebung durch Lobby-Control).¹² Die Verpflichtung, sachlich und umfassend zu unterrichten und damit zur selbstständigen Urteilsbildung der Bürger und Bürgerinnen beizutragen, beinhaltet aus unserer Sicht insbesondere auch, die Hintergründe der Gäste transparent zu machen – auch wenn "Sabine Christiansen" und möglicherweise das Nachfolgeformat formal als Unterhaltung verbucht wird. Immanente Beschränkungen einer politischen Talkshow wie die Neigung zu Verkürzungen und symbolischer Politik lassen sich damit zwar nicht beheben – aber zumindest einer besonderen journalistische Einseitigkeit wie bei "Sabine Christiansen" kann und muss so Einhalt geboten werden.

¹² Diese sind zunächst auf das gesamte Programm bezogen, müssen aber auch für eine so zentrale Sendung wie "Sabine Christiansen", die letztlich für sich allein steht und eine übergreifende politische Sendung sein soll, gelten.

Anhang 1: Methodik der Studie

Allen statistischen Daten der Studie ist die offizielle Gästeliste im Archiv der Internetseite von „Sabine Christiansen“ zu Grunde gelegt. Dabei sind die Gäste im Publikum nicht erfasst (bis auf eine Ausnahme, die aus Gründen der Konsistenz nicht in die Auswertung aufgenommen wurde). Auf das Phänomen der Gäste im Publikum wurde separat anhand einzelner Sendungen eingegangen.

Die Auswertung erfolgte in zwei Schritten: zum einen wurden alle Sendungen von Januar 2005 bis Juni 2006 ausgewertet, um einen Überblick über das Themenspektrum und das Spektrum der Gäste zu erhalten. Im zweiten Schritt wurden 34 Sendungen ausgewählt, die sich im weiten Sinne mit deutscher "Reformpolitik" beschäftigen, also mit Reformen der Wirtschaftspolitik oder des Sozialstaats, sei es im Gesundheitswesen, Arbeitsmarkt oder Finanz- und Steuerpolitik. Dabei wurden auch Sendungen erfasst, die sich mit Grundfragen wie sozialer Gerechtigkeit beschäftigten und 2005 Sendungen zum Bundestagswahlkampf, die die Reformthemen als Themenstrang in der Ankündigung der Sendung aufgriffen. Die Abgrenzung bei den vielen Wahlsendungen 2005 war teilweise schwierig: diese Sendungen drehten sich einerseits um Wahlkampf und Parteipolitik (im engeren Sinn), griffen aber zugleich vielfach auch die Wirtschafts- und Sozialreformen als Teil der Wahlkampfdebatte auf. Als Kriterium wurde gewählt, dass in den offiziellen Ankündigungen der Sendung (über den Newsletter der Sendung oder das ARD-Presseportal) "Reformen" als Themenstrang deutlich wurden. Diese 34 Sendungen wurden genauer hinsichtlich der einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ihrer Hintergründe und Verbindungen ausgewertet.

Ergänzend erfolgte eine qualitativ-inhaltliche Untersuchung durch Sichtung einzelner Sendungen. Dabei wurde insbesondere ausgewertet, wie die Gäste vorgestellt wurden, welche Rolle die manchmal auftretenden Gäste im Publikum hatten und wie Experten mit Verbindungen zu Lobbyorganisationen oder bestimmten wirtschaftlichen Interessen auftraten. Ausgewertet wurden dazu vor allem die Reformsendungen im Oktober und November 2005. Die Studie geht nicht weiter auf den Diskussions- oder Moderationsstil in den Sendungen oder auf die genaue Redezeit-Verteilung zwischen den Gästen ein.

Anhang 2: Die Zusammensetzung des NDR-Rundfunkrates

laut NDR-Staatsvertrag

- (17) Der Rundfunkrat besteht aus höchstens 58 Mitgliedern. Von ihnen entsenden
1. höchstens elf Mitglieder die in den Landesparlamenten der Länder mit Fraktionen vertretenen Parteien, [...]
 2. zwei Mitglieder die evangelischen Kirchen und zwei Mitglieder die römisch-katholische Kirche, davon je ein Mitglied aus Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein,
 3. ein Mitglied die Jüdische Gemeinde in Hamburg,
 4. vier Mitglieder der Deutsche Gewerkschaftsbund, ein Mitglied die Deutsche Angestelltegewerkschaft, ein Mitglied der Deutsche Beamtenbund, davon drei aus Niedersachsen und je eines aus Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein,
 5. drei Mitglieder die Arbeitgeberverbände, davon zwei aus dem Bereich der Industrie und eines aus dem Bereich des Handels, ein Mitglied die Handwerksverbände, ein Mitglied die Verbände der Freien Berufe, und zwar zwei aus Niedersachsen und je eines aus Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, dabei im Falle Hamburgs für Industrie, Handel und Handwerk an Stelle der Landesvereinigungen jeweils die Kammer,
 6. ein Mitglied der Bauernverband aus Mecklenburg-Vorpommern,
 7. drei Mitglieder die Landesfrauenräte und Landesarbeitsgemeinschaften der Fraueninitiativen, und zwar je eines aus Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein,
 8. je ein Mitglied der Landessportbund aus Niedersachsen und der Landessportbund aus Mecklenburg-Vorpommern,
 9. ein Mitglied die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens,
 10. ein Mitglied der Haus- und Grundeigentümergeverein e. V. aus Mecklenburg-Vorpommern, ein Mitglied der Deutsche Mieterbund, Landesverband Schleswig-Holstein e. V. sowie ein Mitglied die in Hamburg mit der Verbraucherberatung betraute Institution,
 11. ein Mitglied die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen, ein Mitglied die Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Schleswig-Holstein e. V., ein Mitglied das Diakonische Werk aus Hamburg und ein Mitglied der Deutsche Caritasverband e. V. aus Mecklenburg-Vorpommern,
 12. ein Mitglied der Deutsche Kinderschutzbund e. V. aus Schleswig-Holstein, ein Mitglied der Landesjugendring aus Niedersachsen, ein Mitglied der Landeselternrat aus Niedersachsen, ein Mitglied die Erwachsenenbildungsorganisationen aus Niedersachsen,
 13. ein Mitglied Robin Wood e. V. aus Hamburg, ein Mitglied der BUND aus Niedersachsen, ein Mitglied der Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e. V. und ein Mitglied der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz aus Niedersachsen, ein Mitglied der Landesheimatverband aus Mecklenburg-Vorpommern,
 14. ein Mitglied die Arbeitsgruppe Bildende Kunst aus Hamburg, ein Mitglied der Verband Deutscher Schriftsteller (VS) aus Niedersachsen und ein Mitglied der Landesmusikrat Schleswig-Holstein e. V.,
 15. ein Mitglied der Reichsbund der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e. V. aus Niedersachsen, ein Mitglied die Arbeitsgemeinschaft Kommunale Ausländervertretungen Niedersachsen und ein Mitglied der Landesseniorenrat Niedersachsen e. V.,
 16. ein Mitglied der Verband der Opfer des Stalinismus aus Mecklenburg-Vorpommern und ein Mitglied die Aktion Sühnezeichen aus Niedersachsen.

Anhang 3: Glossar zu Denkfabriken und Reforminitiativen

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM)

Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, 1953 von führenden Neo- bzw. Ordoliberalen gegründet, unterstützt mit Veröffentlichungen und Veranstaltungen die Ideale der sozialen Marktwirtschaft nach der Definition seiner Gründerväter. Die ASM verbindet oftmals ein christliches Menschenbild mit sozialem Anspruch, der nicht darüber hinwegtäuschen sollten, dass dies über eine neoliberale Wirtschaftsordnung geschehen soll. Vorsitzender ist der emeritierte Tübinger Professor für Volkswirtschaft Joachim Starbatty. In den letzten Jahren konzentriert sich die ASM einerseits auf den Transformationsprozess der osteuropäischen Wirtschaft sowie andererseits auf die „wirtschaftliche Ausbildung der jungen Generation in Deutschland“. Ebenso wie der Konvent für Deutschland erhält die ASM finanzielle Unterstützung durch die Heinz Nixdorf Stiftung.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe)

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, auch Memorandum-Gruppe genannt, setzt sich zusammen aus Wirtschaftswissenschaftlern und Gewerkschaftern. Ziel ist es, Gegenmodelle zum wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream aufzuzeigen, der als kapitalorientiert und privatwirtschaftliche Interessen einseitig stützend angesehen wird. In ihrer Nähe zu den Gewerkschaften sieht sich die Memorandum-Gruppe als Gegenbewegung zu einer Politik des Sozialabbaus. Die Arbeitsweise soll dabei sowohl der Öffentlichkeit als auch dem Diskurs innerhalb der Wirtschaftswissenschaft dienen und gilt den Gewerkschaften als wissenschaftliche Unterstützung. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik bringt jährlich ein „Gegengutachten“ zur „Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ durch die fünf Wirtschaftsweisen heraus. Die Finanzierung erfolgt laut Eigenaussage aus Spenden und Verkäufen von Publikationen.

Bürgerkonvent

Unter dem Slogan „Deutschland ist besser als jetzt“ wurde 2003 der Bürgerkonvent gegründet, um die Verdrossenheit bezüglich des angeblichen "Reformstaus" zu bündeln. Der Bürgerkonvent bezeichnet sich als offen für alle, die mithelfen wollen, marktwirtschaftliche Reformen umzusetzen. Sprecher ist Prof. Dr. Meinhard Miegel, Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn sowie Berater des u.a. von der Deutschen Bank finanzierten Deutschen Instituts für Altersvorsorge. Über die letztendliche Finanzierung des Bürgerkonvent und besonders der Medienkampagne zum Start herrscht bis heute Unklarheit.

Hayek-Gesellschaft

Die Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft e.V. wurde im Mai 1998 in Lahr (bei Freiburg/Baden) von deutschsprachigen Wissenschaftlern, Unternehmern und Publizisten gegründet. Ziel ist die Förderung von Ideen im Sinne Hayeks. Sie veranstaltet Tagungen und Symposien und verleiht eine "Hayek-Medaille" für exemplarische Beiträge zur Idee einer "Verfassung der Freiheit".

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist eine vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall mit jährlich 8,8 Mio Euro geförderte Reforminitiative, die sich mit Anzeigen, Medienkooperationen, Studien, Aktionen und Veranstaltungen einsetzt. Die INSM hat einen Kreis von Kuratoren und Botschaftern geworben, die für sie in der Öffentlichkeit auftreten. Dazu gehören u.a. Oswald Metzger, Lothar Späth, Paul Kirchhof und Michael Hüther (Institut der Deutschen Wirtschaft). Die INSM kooperiert eng mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW). Vorwürfe betreffen vor allem die Vermischung von Journalismus und PR und die intransparente Arbeitsweise. Berühmtheit erlangte die INSM 2002, als bekannt wurde, dass sie in der TV-Serie Marienhof Dialoge gekauft hatte, um neoliberale Botschaften unterzubringen.

Die INSM unterstützte den Hamburger Appell von 250 Professoren, der von den Hamburger Professoren Michael Funke, Bernd Lucke und Thomas Straubhaar initiiert wurde. Er sieht in den Arbeitskosten den Schlüssel für mehr Wachstum, lehnt jede nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik ab und fordert eine strikte Sparpolitik. An der Anzeigenstrecke beteiligten sich unter anderem Ulrich Blum, Michael Hüther, Bernd Raffelhüschen und Joachim Starbatty.

Institut für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG)

Das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG) wurde 1977 von Kurt Biedenkopf und Meinhard Miegel, u.a. Sprecher des Bürgerkonvents, gegründet. Laut Eigenaussage übernimmt das IWG Auftragsforschung für das Bundesministerium für Forschung und Bildung, den Hauptverband der Deutschen Bauindustrie oder die Bertelsmann Stiftung. Die Aufarbeitung wissenschaftlicher Themen für die Praxis geschieht nach den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft. Außerdem dient es bei Vorträgen und Seminaren als Diskussionsforum. Beiratsmitglieder sind u.a. Christian v. Weizsäcker, Elisabeth Noelle (Institut für Demoskopie, Allensbach), Hans D. Barbier (auch INSM-Botschafter), der Autor Peter Gillies und Wolfgang Franz (ZEW).

Institut der deutschen Wirtschaft

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut. Mitglieder sind Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie Unternehmen aus Industrie, Handel und dem Dienstleistungssektor. Nach dem Verständnis eines Dienstleisters bereitet das IW wissenschaftliche Themen für die Wirtschaft auf. Es besteht eine enge Kooperation mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), für die das IW die Studien erstellt.

Konvent für Deutschland

Der Konvent für Deutschland setzt sich für die „Reform der Reformfähigkeit“ Deutschlands ein. Vor allem soll der Umbau Deutschlands zu einem Wettbewerbsföderalismus vorangebracht werden. Dazu sagte Roland Berger, dass Reformen wie von Thatcher sonst in Deutschland nicht durchsetzbar wären. Er wurde von Hans-Olaf Henkel, Roland Berger und Manfred Pohl (Historiker, Deutsche Bank) gegründet. Vorsitzender des sogenannten Konventkreises ist Roman Herzog. Auch sonst finden sich in den Reihen des Konvents für Deutschland namhafte Figuren aus Politik und Wirtschaft wie Otto Graf Lambsdorf, Klaus von Dohnanyi oder Wolfgang Clement.

Stiftung Marktwirtschaft

Die Stiftung Marktwirtschaft wurde Anfang 1982 als dezidiert marktliberale Denkfabrik gegründet. Die Finanzierung läuft v.a. über die Unterstützung anderer Stiftungen, Spenden der Wirtschaft und privaten Spenden. Vorsitzender des Stiftungsrates ist Theo Siegert, gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender des weltgrößten Handelskonzerns Metro AG. Es bestehen personelle Verbindungen sowohl zur INSM als auch zur CDU, die den Ruf der Stiftung Marktwirtschaft als Vordenker eines schwarz-gelben Projekts erklärt. Beispielhaft zu nennen wären der Kuratoriumsvorsitzende Schweickart, der auch Vizepräsident des CDU-Wirtschaftsrates ist oder Michael Eilfort, früherer Büroleiter bei Friedrich Merz und inzwischen Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. Der zweite Vorstand ist Bernd Raffelhüschen.

Walter Eucken Institut (WEI)

1954 in Freiburg gegründet, steht das Walter Eucken Institut in der Tradition der ordoliberalen Freiburger Schule. Das WEI sieht sich als Kompetenzzentrum für ordnungspolitische und ordnungsökonomische Grundlagenforschung und verbindet heute Ansätze von Eucken, von Hayek und James Buchanan (Public Choice). Aus Ludwig Erhards Beteiligung an der Gründung stammt die teilweise Finanzierung durch das Bundeswirtschaftsministeriums. Weitere Gelder stammen vom Land Baden-Württemberg, der Deutschen Bank und privaten Spendern.

Wirtschaftsforschungsinstitut Halle

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), 1992 zur wissenschaftlichen Analyse der Transformation von der Zentral- zur Marktwirtschaft gegründet, bezieht den überwiegenden Teil seiner Finanzierung aus Mitteln des Bundes sowie des Landes Sachsen-Anhalt. 2003 stammten gut 360.000 Euro aus Drittmitteln. Ziel soll die Neugestaltung der Beziehung Staat-Bürger-Unternehmen sein sowie die Regulierung von Wettbewerb. Das Institut stellt einen der sechs Wirtschaftsweisen. Im wissenschaftlichen Beirat sitzen Heinz Peter Galler, Michael C. Burda, Juergen B. Donges, ,Karl-Heinz Paqué (beide INSM-Botschafter), Jan Oosterhaven und Horst M. Schellhaaß. Ulrich Blum ist seit 2004 Präsident des IWH und war im Bundestagswahlkampf 2005 ein starker Unterstützer Paul Kirchhofs.

Impressum

Die Studie ist eine eigenständige Untersuchung von LobbyControl. LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflusstategien in Deutschland und der EU aufklären will.

Redaktion: Heidi Klein und Ulrich Müller

Wir bedanken uns bei Margot Eichinger und Jonas Pieper für die Unterstützung bei der Recherche und Endredaktion.

LobbyControl- Initiative für Transparenz und Demokratie
Wilhelm-Mauser-Str. 45
50827 Köln
Tel/Fax: 0221/ 169 65 07
E-Mail: kontakt@lobbycontrol.de
Web: www.lobbycontrol.de

LobbyControl wird gefördert durch die

Bewegungs-
stiftung

Anstöße für soziale Bewegungen

Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Der Lobbyismus hat es dringend nötig, dass ihm jemand auf die Finger schaut. Unterstützen Sie uns dabei! **Mit einer Spende von 10 €, 20 €, 50 € helfen Sie uns, die unabhängige Arbeit von LobbyControl zu sichern.** Als gemeinnütziger Verein können wir Ihnen für Ihre Spende natürlich eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung ausstellen.

Bankverbindung:

Bank für Sozialwirtschaft, Köln
BLZ: 37020500 - Konto: 8046200

Informationen zu unserer Finanzierung finden Sie unter www.lobbycontrol.de.

Sie können auch Fördermitglied von LobbyControl werden. Mehr Informationen dazu unter <http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/spenden/>. Oder schreiben Sie uns – wir schicken Ihnen gerne die nötigen Unterlagen.